

**Sozialpakt für den Aufschwung:
Kommentar zum Beitrag von Michaelis und Spermann**

von Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn

erschieden in:

„Wirtschaftsdienst 71“, Dezember 1991, S. 622-623

der ostdeutschen Arbeitnehmer – zu befürworten ist, bleibt weiterhin ein Engpaß bestehen: Es gibt einfach zu wenig geeignete Manager für die Sanierung maroder Unternehmen.

Auch in der Lohnpolitik steht man vor der aller Wahrscheinlichkeit nach unabänderbaren Tatsache, daß die Tarifpartner von den in Übereinstimmung vereinbarten hohen Lohnabschlüssen nicht mehr abgehen werden. Denn nur auf den ersten Blick kann die erstaunliche Interessenkongruenz zwischen Arbeitgebern auf der einen Seite und Arbeitnehmervertreter auf der anderen Seite

überraschen. Für die Arbeitgeber bedeuten hohe Löhne eine große Nachfrage nach Westprodukten und keine Billiglohnkonkurrenz in Ostdeutschland, und die Gewerkschaften hatten noch nie Probleme, ihren arbeitsplatzbesitzenden Mitgliedern hohe Tarifabschlüsse als Erfolge zu verkaufen. Selbst wenn das Entlohnungssystem geändert würde, an produktivitätsgerechten Löhnen führt kein Weg vorbei: Es kann nur das verteilt werden, was zuvor verdient wurde. Den Preis der raschen Lohnangleichung an den Westen werden voraussichtlich zwei Gruppen bezahlen: die Arbeitslosen in Ostdeutschland und die Steuer- und Beitragszahler in West und Ost.

Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn

Sozialpakt für den Aufschwung

Kommentar zum Beitrag von Michaelis und Spermann

Die Autoren liefern einen wichtigen Diskussionsbeitrag zu der derzeit in Deutschland mit großer Intensität geführten Investivlohndebatte. Da sie ausführlich auf den in unserem Buch „Kaltstart“ propagierten Sozialpakt für den Aufschwung eingehen¹, der ein Beteiligungsmodell mit einem Lohnstillhalteabkommen verknüpft, erlauben wir uns hier eine kurze Erwiderung.

Ostdeutschland befindet sich heute in der historischen Ausnahmesituation, daß unverteilte Erstaussstattungen an Produktivvermögen, besonders in Form von Gebäuden und Land, noch vorhanden sind. In dieser Situation braucht man keine Investivlöhne oder Gewinnbeteiligungen à la Weitzman, wenn man der arbeitenden Bevölkerung Vermögensansprüche geben will. Man kann die Erstaussstattungen direkt zuteilen. Wie das geschehen sollte, haben wir in unserem Buch ausführlich dargelegt, und auch Michaelis und Spermann beschreiben den Vorgang korrekt. „Mehrheitsbeteiligung und Dispositionsbefugnis für die Investoren“ und „stimmrechtslose Restbeteiligungen für die ostdeutsche Bevölkerung“ sind die Kernbegriffe zur Charakterisierung unseres Vorschlages.

Gerlinde Sinn, Dipl.-Volkswirtin, ist freiberufliche Wissenschaftlerin, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, 43, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Die Zuteilung von Erstaussstattungen hat gegenüber Investivlohn- und Gewinnbeteiligungsmodellen den großen Vorteil, daß sie keinerlei Kostencharakter hat und deshalb den Aufbau Ostdeutschlands nicht behindert. Im Gegenteil, im Vergleich zur jetzt praktizierten Privatisierung durch Verkauf regt sie die Investitionstätigkeit an, weil sie das Investitionsrisiko senkt, das Zinsniveau verringert und den kreditbeschränkten Investoren ihre knappen Mittel nicht entzieht. Angesichts der Finanzierungsknappheit potentieller Investoren aus Ostdeutschland drängt sich gerade dieser letzte Aspekt immer stärker in das öffentliche Bewußtsein.

Michaelis und Spermann konzedieren den Kostencharakter der Investivlöhne, doch sie verneinen den Kostencharakter der Gewinnbeteiligung unter Hinweis auf die Finanzierungsentscheidungen der Unternehmen. Da Fremdkapitalzinsen bei den Gewinnbeteiligungsmodellen abzugsfähig sind, gibt es, wie die Autoren konzedieren, einen Anreiz zur Flucht in die Fremdfinanzierung, doch werde diesem Anreiz durch Kreditrestriktionen der Banken entgegengewirkt. Probleme brauche man also nicht zu befürchten.

Dieses Argument ist nicht schlüssig, denn nicht die Verzerrung der Finanzentscheidung, sondern die Behinderung realer Investitionen ist das Problem. Wäre die Flucht in die Fremdfinanzierung möglich, so würde sich

¹ Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart/. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1991.

die Gewinnbeteiligung auf die Kapitalkosten marginaler Investitionen nicht auswirken. Aber gerade weil die Banken hier einen Riegel verschieben, schlägt die Gewinnbeteiligung auf die Kapitalkosten durch und behindert die dringend benötigten Investitionen im Osten.

Keine „Überfrachtung“

Nicht zustimmen können wir zudem der Auffassung der Autoren, daß die Verknüpfung des Beteiligungsmodells mit den Lohnstillhalteabkommen als eine „Überfrachtung“ unseres Vorschlages anzusehen ist. Wir haben natürlich nicht die Illusion, daß zwei unbedeutende Wissenschaftler aus München die kollektive Irrationalität, die sich mit der ostdeutschen Lohnentwicklung anbahnt, noch verhindern können. Die Stellvertreter-Verhandlungen, die die westdeutschen Tarifpartner für den ostdeutschen Arbeitsmarkt geführt haben, haben die Gleise womöglich unverrückbar gestellt. Gleichwohl halten wir es für unsere Pflicht, vor der Gefahr zu warnen, wenn wir sie sehen, und Verbesserungsvorschläge zu machen, wenn wir sie für richtig halten.

Die Gefahr ist, daß Ostdeutschland in zwei Jahren japanische Stundenlöhne und in fünf Jahren die höchsten Löhne auf dieser Erde hat. Diese Lohnentwicklung kommt einem Beschäftigungsverbot nahe, denn es ist unmöglich, daß sich die Produktivität auch nur annähernd in diesem Tempo erhöht. Nur noch wenige High-Tech-Aktivitäten und stark lokal gebundene Produktionen werden den Lohnschock überleben. Das Gros der ostdeutschen Industrie, das in einer Übergangszeit noch sinnvoll hätte beschäftigt werden können, wird vernichtet, ohne daß es möglich wäre, in dem genannten Zeitraum Ersatz zu beschaffen. Die in „Kaltstart“ präsentierten statistischen Informationen sind ein klarer Beleg für diese These. So oder so wird eine Trendwende bei den Löhnen kommen. Entweder wird sie später durch die Macht der Verhältnisse erzwungen werden, oder man leitet sie durch ein Lohnstillhalteabkommen heute schon ein, um den sich ankündigenden Gefahren rechtzeitig zu begegnen.

Unser Beteiligungsmodell soll der Ausgleich für das Lohnstillhalteabkommen sein, und wir glauben, daß es ein fairer Ausgleich ist. Der Auffassung der Autoren, bei den von ihnen und uns propagierten Beteiligungsmodellen gehe es letztlich nur darum, ein Überschreiten der Grenzen des Verteilbaren zu verhindern und somit Einkommensreduktionen herbeizuführen, müssen wir entschieden widersprechen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung können bei einer Realisation des Sozialpaktes im Prinzip alle gesellschaftlichen Gruppen gewinnen, weil die Lohnzurückhaltung sehr große Effizienzgewinne in Form einer Steigerung des Sozialproduktes im Osten verspricht.

Sicher scheint uns, daß die ostdeutschen Arbeitnehmer zu den Gewinnern gehören werden. Sie gewinnen nicht nur insofern, als ein Großteil ihrer Arbeitsplätze gesichert wird, sondern auch dadurch, daß sie erhebliche Vermögens- und Einkommensgewinne erzielen. Würde durch den Sozialpakt die Beschäftigung im Osten nicht steigen, so würden sich die vom ostdeutschen Produktivkapital erwirtschafteten Gewinne gerade um den Lohnverzicht vergrößern. Bei einer wettbewerblichen Vergabe der Treuhandobjekte würde dies zu einer Erhöhung der von den Investoren tolerierten Restbeteiligungen führen und so den Lohnverzicht in Kapitaleinkommen der ostdeutschen Arbeitnehmer verwandeln. Hinzu kommen aber noch zwei andere Vermögensvorteile. Erstens erhält die ostdeutsche Bevölkerung Ansprüche gegen das Altkapital, die beim jetzigen Massenverkauf mehr oder weniger verschenkt werden und die, insbesondere was die Immobilien betrifft, trotz der hohen Löhne nicht wertlos sind. Dieser positive Verteilungseffekt würde auch ohne einen Lohnverzicht auftreten. Zweitens wird durch den Lohnverzicht die Beschäftigung und die Wertschöpfung im Osten erhöht, weil mehr alte Arbeitsplätze erhalten und mehr neue geschaffen werden. Bei einem wettbewerblichen Bietverfahren für die Treuhandobjekte fließt auch die zusätzliche Wertschöpfung der ostdeutschen Bevölkerung vollständig zu. Gerade dieser zweite Grund sollte nicht unterschätzt werden.

Auf der Minuseite für die ostdeutsche Bevölkerung ist allein ein möglicherweise verminderter Strom an Sozialtransfers aus dem Westen zu verbuchen. In dem Maße, wie der Westen den Osten gesunden sieht, wird er seine Transfers sicherlich reduzieren. Es erscheint aber als wenig plausibel davon auszugehen, daß die Transferreduktion die Einkommenssteigerung im Osten im Verhältnis 1:1 reduziert. Ein erheblicher Nettovorteil wird sicherlich bei der ostdeutschen Bevölkerung verbleiben. Im übrigen ist bei der jetzigen Politik zu erwarten, daß dem Westen irgendwann ohnehin die Lust vergeht, den Osten weiter zu alimentieren. Es liegt im wohlverstandenen Interesse der neuen Bundesländer, für diesen Fall Vorsorge zu treffen und sich rechtzeitig auf die eigenen Beine zu stellen. Wir befürchten, daß ihnen das nicht gelingen wird, wenn die Weichen nicht anders gestellt werden.

Der derzeit in Deutschland praktizierte Massenverkauf von Produktivkapital im Verein mit einer maßlosen Lohnpolitik stellt die fundamentale ökonomische Erkenntnis, daß eine kluge Verteilungspolitik bei Erstaussstattungen statt bei den Faktorpreisen ansetzt, auf den Kopf. Der Aufsatz von Michaelis und Spermann ist ein nützlicher Beitrag bei der Suche nach intelligenteren Lösungen. Wir hoffen mit den Autoren, daß es vielleicht doch noch einen Weg gibt, die kollektive Unvernunft im Osten zu verhindern.